S 13 U 3817/21

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Unfallversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren -

Leitsätze -Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 13 U 3817/21 Datum 08.02.2022

2. Instanz

Aktenzeichen L 9 U 707/22 Datum 17.05.2022

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der KlĤgerin gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Freiburg vom 8. Februar 2022 wird zurļckgewiesen.

Â Â Â Â Â Â Â Â Â

Auà ergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Tatbestand

Die Beteiligten streiten ýber die Beachtung einer von der Klägerin an den Klägerbevollmächtigten erteilten Vollmacht im Verwaltungsverfahren.

Die Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\)gerin bezieht aufgrund eines Arbeitsunfalls vom 05.03.1974 von der Beklagten eine Verletztenrente auf unbestimmte Zeit. Am 29.09.2021 beantragte sie \(\tilde{A}\)\(^1\)\dep ihren Bevollm\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\)chtigten unter Vorlage einer von ihr unterschriebenen Vollmacht vom 21.09.2021 die Erh\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\)hung der Verletztenrente und die \(\tilde{A}\)\(\tilde{b}\)erpr\(\tilde{A}\)\(^1\)\(\tilde{a}\) ung der in der Vergangenheit ergangenen Bescheide gem\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\) Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X). Im Vollmachttext hei\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\) tes u.a.: \(\tilde{a}\)\(\tilde{D}\)\(\tilde{D}\)ie Vollmacht gilt f\(\tilde{A}\)\(^1\)

erfolgen.â∏.

Die Beklagte übersandte hierauf am 01.10.2021 ein Schreiben zur Gutachterauswahl an den Bevollmächtigten der Klägerin und gewährte ihm Akteneinsicht, woraufhin er einen Gegenvorschlag fþr die Auswahl des Gutachters machte, dem die Beklagte später nachkam.

Mit Schreiben vom 26.11.2021 wandte sich die Beklagte direkt an die Kl \tilde{A} x gerin ohne Einschaltung des Bevollm \tilde{A} x chtigten, indem sie der Kl \tilde{A} x gerin ein Formular \tilde{A} y Anfrage zur Leistungsfeststellung \tilde{A} y Abersandte und um Angaben im Formular bat. Am 14.12.2021 reichte die Kl \tilde{A} x gerin \tilde{A} y Aber ihren Bevollm \tilde{A} x chtigten den Vordruck an die Beklagte zur \tilde{A} y Ck mit dem Hinweis, dass dieser \tilde{A} y Uunter Missachtung zugesandt \tilde{A} y U worden sei.

Ebenfalls am 14.12.2021 hat die Klā¤gerin über ihren Bevollmã¤chtigten Unterlassungsklage beim Sozialgericht Freiburg (SG) erhoben und beantragt, die Beklagte dazu zu verpflichten, unter Androhung eines Zwangsgeldes von 2.500,-Euro, die Vollmacht, die für sie bei der Beklagten hinterlegt worden sei, nicht weiterhin zu missachten. Die Klã¤gerin hat vorgetragen, die Beklagte habe sich daran zu halten, dass laut vorgelegter Vollmacht jeglicher Schriftwechsel Ã⅓ber den Bevollmã¤chtigten zu erfolgen habe. Es komme in den letzten Jahren vermehrt bei Sozialversicherungsträgern zur Missachtung von Vollmachten, weshalb bereits umfangreiche Verfahren anhã¤ngig seien. Es sei ein systematisches Vorgehen der Versicherungsträger vorbei an den Bevollmã¤chtigten zu verzeichnen, immer gerade dann, wenn es um kostenauslã¶sende Ausführungs-, Anerkenntnis- oder Vergleichsbescheide oder gar rechtsgestaltende Briefe gehe. Alles Versuche, dies auÃ∏ergerichtlich zu ändern, seien erfolglos geblieben, weshalb nun Klage geboten sei.

Die Beklagte ist der Klage entgegengetreten. Es sei lediglich ein Schreiben zur Abfrage der aktuellen Kontoverbindung und des aktuellen Leistungsbezugs versehentlich direkt an die Kl \tilde{A} ¤gerin \tilde{A} ½bersandt worden. Hierbei handle es sich weder um ein Anschreiben, mit dem eine Frist verbunden gewesen sei, noch handle es sich um eine systematische Vollmachtsmissachtung, da sonstige Schriftwechsel mit dem Bevollm \tilde{A} ¤chtigten erfolgt seien. Dennoch entschuldige sie sich f \tilde{A} ½r dieses Versehen. K \tilde{A} ½nftiger Schriftwechsel werde weiterhin \tilde{A} ½ber den Bevollm \tilde{A} ¤chtigten erfolgen.

Nach vorheriger Anhörung der Beteiligten hat das SG die Klage mit Gerichtsbescheid vom 08.02.2021 abgewiesen. Die Klage sei bereits unzulässig. Nach der Vorschrift des <u>§ 56a Satz 1</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG) könnten Rechtsbehelfe gegen behördliche Verfahrenshandlungen nur gleichzeitig mit den gegen die Sachentscheidung zulässigen Rechtsbehelfen geltend gemacht werden, wobei unter den Begriff der behördlichen Verfahrenshandlungen jegliches in Form des Verwaltungsakts oder als Realakt erfolgtes Handeln und Unterlassen einer Behörde i. S. d. <u>§ 1 Abs. 2 SGB X</u> während eines Verwaltungsverfahrens i. S. d. <u>§ 8 SGB X</u> falle, sofern die Handlung das Verfahren nicht selbst abschlieÃ□e (Verweis auf Axer in jurisPK-SGB X, § 56a Rn. 9 u. 16 und Keller in Meyer-

Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Aufl. 2020, § 56a Rn. 4). Die von der KlĤgerin gerügte Nichtbeachtung einer Vollmacht durch die Beklagte stelle ein in Form eines Realakts erfolgtes Unterlassen dar, das das Verwaltungsverfahren nicht abschlieÃ⊓e und unterfalle damit § 56a Satz 1 SGG. Ob und mit welcher BegrÃ¹/₄ndung die Beklagte im Hinblick auf <u>§ 13 Abs. 3 Satz 2 SGB X</u> möglicherweise zurecht die streitgegenständliche Vollmacht nicht beachtet habe, sei daher nicht relevant. Zwar müsse sich die Beklagte als Behörde grundsÃxtzlich an den für das Verwaltungsverfahren nach <u>§ 13 Abs. 3 Satz 1</u> SGB X bestellten BevollmÃxchtigten wenden, ein VerstoÃ∏ gegen diese â∏Kommunikationsverpflichtungâ∏ könne der Versicherte nach Â <u>§ 56a</u> Satz 1 SGG jedoch nur gleichzeitig mit den gegen die Sachentscheidung zulÄxssigen Rechtsbehelfen geltend machen (Verweis auf LSG Baden-Wýrttemberg, Beschluss vom 20.11.2020 â∏∏ <u>L 11 KR 2616/20 ER-B</u> â∏∏ und Senatsurteil vom 19.10.2021 â ☐ Az. L 9 R 1944/21 -, jeweils Juris). Eine Ausnahme folge auch nicht ýber § 56a Satz 2 SGG. Denn vorliegend wende sich nicht der BevollmÃxchtigte gegen seine förmliche Zurückweisung nach § 13 Abs. 5 bis 7 SGB X â∏∏ gegen die Rechtschutz im eigenen Namen möglich wäre â∏∏, sondern gegen die â∏∏Missachtungâ∏∏ der nachgewiesenen Vollmacht, womit offenbar die behĶrdliche Bekanntgabe und Zustellung von Schreiben und Bescheiden direkt an die KlĤgerin gemeint sein solle.

Hiergegen richtet sich die am 08.03.2022 zum Landessozialgericht (LSG) Baden-Württemberg durch den BevollmÃxchtigten im Namen der KlÃxgerin eingelegte Berufung. Zur Begründung wiederholt und vertieft die Klägerin ihre Klagebegründung. Es sei abstrus, der Beklagten zu glauben, dass das Schreiben vom 26.11.2021 versehentlich direkt an sie versandt worden sei. Ihr BevollmÄxchtigter sei der Beklagten seit 35 Jahren bekannt und die Beklagte wisse, wie hier agiert werde. Es interessiere ihren BevollmÄxchtigten nicht, wenn die Beklagte mitteile, sie würde die Vollmacht zukünftig beachten. Dass â∏die Behördenâ∏ das nicht tun würden, sehe man an zwischenzeitlich 50 Verfahren wegen Vollmachten und sehr wohl spiele es entgegen der Auffassung des SG eine Rolle, ob dies bundesweit bei â∏zig Behördenâ∏ so laufe oder nicht. Es gehe darum, dass systematisch die BevollmĤchtigten nicht beachtet wļrden. Dies verdeutliche die Wesentlichkeit jedes einzelnen Verfahrens. Es sei durchaus ma̸geblich hinsichtlich der Frage des Rechtschutzbedürfnisses und des Verhaltens gegenýber einem BevollmÃxchtigten, ob ein System dahinterstecke. Da die Beklagte â∏anders nicht domestizierbarâ∏ sei, würden â∏diese Verfahren hierâ∏∏ geführt. Der Hinweis auf <u>§ 56a SGG</u> gehe fehl. Ein BevollmÄxchtigter und seine Mandanten seien eine rechtliche Einheit. Die Missachtung der Vollmacht sei keine Verfahrenshandlung, sondern eine zu Gebote stehende Unterlassung einer Handlung. <u>ŧ 56a SGG</u> sei vorliegend bereits nicht anwendbar, da es sich um reale Handlungen handle. <u>§ 56a SGG</u> stelle keine allgemeine Rechtfertigungsnorm dar. Die Angelegenheit habe grundsÄxtzliche Bedeutung.

Die KlĤgerin beantragt,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Freiburg vom 8. Februar 2022 aufzuheben

und die Beklagte dazu zu verpflichten, unter Androhung eines Zwangsgeldes von 2.500 Euro, die Vollmacht, die f $\tilde{A}^{1/4}$ r die Kl \tilde{A} ¤gerin bei ihr hinterlegt worden ist, nicht weiterhin zu missachten.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen.

Sie verweist auf die aus ihrer Sicht zutreffende Entscheidung des SG.

Die Beteiligten haben sich mit Schreiben vom 29.03.2022 und vom 07.04.2022 mit einer Entscheidung des Senats ohne $m\tilde{A}^{1}/_{4}$ ndliche Verhandlung einverstanden erkl \tilde{A} ¤rt.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts sowie des Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der Verwaltungsakte sowie der Gerichtsakten beider Instanzen Bezug genommen.

EntscheidungsgrÃ¹/₄nde

Die form- und fristgerecht eingelegte und statthafte Berufung der Kl \tilde{A} ¤gerin, \tilde{A} ½ber die der Senat im Einverst \tilde{A} ¤ndnis der Beteiligten gem \tilde{A} ¤ \tilde{A} 124 Abs. 2 SGG ohne m \tilde{A} ½ndliche Verhandlung entscheidet, ist zul \tilde{A} ¤ssig, aber unbegr \tilde{A} ½ndet.

Das SG hat unter zutreffender Darstellung der einschlÄ $^{\rm x}$ gigen Rechtsvorschriften und deren zutreffender Anwendung auf den vorliegenden Sachverhalt in den EntscheidungsgrÄ $^{\rm 1}$ 4nden des angefochtenen Gerichtsbescheids ausgefÄ $^{\rm 1}$ 4hrt, dass und aus welchen GrÃ $^{\rm 1}$ 4nden die Unterlassungsklage der KlÃ $^{\rm x}$ gerin bereits unzulÃ $^{\rm x}$ ssig ist. Der Senat schlieÃ $^{\rm 1}$ t sich diesen AusfÃ $^{\rm 1}$ 4hrungen nach eigener PrÃ $^{\rm 1}$ 4fung vollumfÃ $^{\rm x}$ nglich an, sieht zur Vermeidung von Wiederholungen von einer weiteren Darstellung der EntscheidungsgrÃ $^{\rm 1}$ 4nde ab und weist die Berufung aus den GrÃ $^{\rm 1}$ 4nden der angefochtenen Entscheidung als unbegrÃ $^{\rm 1}$ 4ndet zurÃ $^{\rm 1}$ 4ck ($^{\rm 1}$ 8 153 Abs. 2 SGG).

Lediglich ergĤnzend ist in Bezug auf das Berufungsvorbringen der KlĤgerin auf Folgendes hinzuweisen:

Die Vorschrift des § 56a SGG, wonach Rechtsbehelfe gegen behördliche Verfahrenshandlungen grundsätzlich nur gleichzeitig mit den gegen die Sachentscheidung zulässigen Rechtsbehelfen geltend gemacht werden können, war bereits mehrfach Gegenstand höchstrichterlicher Rechtsprechung. Der in § 56a SGG normierte Grundsatz war zunächst nur fù¼r das verwaltungsgerichtliche Verfahren in § 44a VwGO ausdrù¼cklich geregelt, galt aber auch im sozialgerichtlichen Verfahren schon vor Inkrafttreten des § 56a SGG. Er soll verhindern, dass durch Rechtsbehelfe gegen Verfahrenshandlungen die Sachentscheidung der Behörde verzögert wird. Das Bundesverwaltungsgericht hat vor diesem Hintergrund ausdrù¼cklich entschieden, dass zu den

ausgeschlossenen Rechtsbehelfen auch Verpflichtungs-, Feststellungs- und Leistungsklagen gehä¶ren. Dies gilt auch fã $\frac{1}{4}$ r den Unterfall der Leistungsklage in Form der (vorbeugenden) Unterlassungsklagen wie vorliegend (vgl. hierzu insgesamt BSG, Beschluss vom 10.03.2022 â $\frac{1}{1}$ B 5 R 309/21 B â $\frac{1}{1}$ m. w. N., n. v.) und fã $\frac{1}{4}$ r Realakte, die entgegen den Ausfã $\frac{1}{4}$ hrungen der Berufung Verfahrenshandlungen im Sinne des $\frac{1}{1}$ 8 56a SGG darstellen kã¶nnen (vgl. Senatsurteil vom 19.10.2021 â $\frac{1}{1}$ 1 Az. L 9 R 1944/21 -, Juris m. w. N.).

̸berdies fehlt es entgegen dem Berufungsvorbringen der Klägerin an dem für eine Unterlassungsklage erforderlichen qualifizierten Rechtschutzinteresse der KlĤgerin im Sinne einer Wiederholungsgefahr. Soweit die KlĤgerin ein qualifiziertes Rechtschutzinteresse bejaht sehen mĶchte mit Hinweis auf eine weiter angestiegene Vielzahl von FĤllen, in denen verschiedene VersicherungstrĤger Bescheide und Schreiben in den letzten Jahren trotz Vorlage einer Vollmacht direkt an die Mandanten der BevollmÄxchtigten gerichtet hÄxtten, geht dieser Hinweis fehl. Aus etwaigen Erfahrungen des KlĤgerbevollmĤchtigten in anderen FĤllen lĤsst sich ein Rechtschutzbedļrfnis der KlĤgerin selbst gerade nicht ableiten. Mit der Berufungsbegrļndung ist weder konkret vorgetragen noch ist anderweitig ersichtlich, dass sich die Beklagte â∏ abgesehen von dem Schreiben vom 26.11.2021 â∏ wiederholt direkt an die Klägerin gewandt hätte oder dies zukünftig zu befürchten wäre. Hierzu hat die Beklagte im Klageverfahren erklĤrt, dass es sich um ein Versehen gehandelt habe und sie zukünftig die Vollmacht beachten werde. Damit ist eine Wiederholungsgefahr im vorliegend allein relevanten VerhÄxltnis zwischen der KlÄxgerin und der Beklagten nicht ersichtlich.

Ferner fehlt es an einem Rechtschutzbedürfnis der Klägerin auch deshalb, weil sie sich vor Inanspruchnahme des gerichtlichen Rechtschutzes nicht zunächst an die Beklagte gewandt hat, was ihr aber ohne weiteres möglich und zumutbar gewesen wäre (vgl. auch hierzu Senatsurteil 21.10.2021 a.a.O.) So hat sie am 14.12.2021 durch ihren Bevollmächtigten den zuvor direkt an sie Ã⅓bermittelten Vordruck lediglich mit dem Bemerken â□□unter Missachtung zugesandtâ□□ an die Beklagte zurÃ⅓ckgereicht und gleichzeitig, ebenfalls am 14.12.2021, Klage zum SG erhoben. Der Vortrag, der Klägerbevollmächtigte habe auÃ□ergerichtlich alles versucht, eine â□□systematische Vollmachtsmissachtungâ□□ zu verhindern, bezieht sich offensichtlich ebenfalls nicht auf das fÃ⅓r die vorliegend im Namen der Klägerin erhobene Unterlassungsklage allein relevante Verhältnis zwischen der Klägerin und der Beklagten und kann mithin kein RechtschutzbedÃ⅓rfnis der Klägerin begrÃ⅓nden.

Damit ist die Berufung zurýckzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 SGG</u>.

Gründe für die Zulassung der Revision liegen nicht vor.

Erstellt am: 11.10.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024